



Russlandanalysen

Inhalt

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| <i>Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma. Hans-Henning Schröder, Bremen</i> | 2 |
| <i>Vorläufiges Ergebnis der Dumawahlen vom 7. Dezember 2003</i> | 4 |
| <i>Vorläufige Ergebnisse im Vergleich zu 1993, 1995 und 1999</i> | 6 |
| <i>Prognosen und tatsächliche Resultate 2003</i> | 7 |
| <i>Kommentare zur Wahl</i> | 7 |
| <i>Chronik vom 4. bis 11. Dezember 2003</i> | 9 |

Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Die Dumawahlen am 7. Dezember 2003 haben einen Erdrutschsieg für die präsidentennahen Parteien gebracht. Die kommunistische Opposition ist deutlich geschwächt, die liberalen Parteien sind an der Fünfprozenthürde gescheitert. Dass grade jene Parteien nicht in der Duma vertreten sind, die sich am ehesten an parlamentarischen Mustern orientieren, stellt zweifellos eine Schwächung demokratischer Ansätze in Russland dar. Der Sieg der präsidentennahen Parteien ist Ergebnis eines in hohem Maße unfairen Wahlkampfes, in dem die Putin-Administration die ihr zur Verfügung stehenden Mittel rücksichtslos eingesetzt hat. Die Wahl spiegelt damit die politischen Realitäten wider, wie sie sich in der ersten Amtszeit Putins herausgebildet haben, und in der die Exekutive andere politische Kräfte eingebunden oder verdrängt hat.

Vorspiel zur Präsidentenwahl: die Wahlen zur Staatsduma

Hans-Henning Schröder, Bremen

“E in weiterer Schritt in Richtung auf Stärkung der Demokratie in Russland“, so bewertete der russische Präsident Putin vor dem Kabinett das Ergebnis der Duma-Wahlen. Das russische Volk habe abermals die Möglichkeit gehabt, das gesetzgebende Organ des Landes zu wählen und der Staat habe eine freie, ehrliche und demokratische Wahl gewährleistet.

Die Beobachtermission der OSZE, an deren Spitze die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süsmuth stand, sah das anders. In ihrer ersten Stellungnahme nach dem Wahlgang hieß es: „...die Wahlen zur Staatsduma verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. ... Das ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt.“

Der eklatante Widerspruch in der Bewertung der Wahlen zum russischen Parlament spiegelt die diametral entgegengesetzten Interessen wider: Der Präsident kann mit Genugtuung feststellen, dass die Wahlen das ihm ergebene Lager deutlich gestärkt haben, während die liberale und die kommunistische Opposition in eine schwere Krise geraten ist. Die westlichen Beobachter hingegen sind über die Methoden, mit denen dies Ergebnis erzielt wurde, irritiert. Und anders als im Jahre 1999 – wo bereits ähnliche Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung griffen – hat sich die OSZE diesmal entschieden, ihre Kritik offen auszusprechen.

Ein Erdrutschsieg für die „Partei der Macht“

I n der Tat können der Präsident und seine Umgebung einen Erfolg verzeichnen, der in dieser Höhe wohl selbst für sie überraschend kam. Bei den Listenplätzen erreichte die Partei „Einiges Russland“ über 37% der Stimmen. Diese Partei war nach den Wahlen 1999 auf Drängen der politischen Führung durch Vereinigung zweier konkurrierender „administrativer Parteien“ geschaffen worden, die selbst beide erst knapp vor den Wahlen 1999 gebildet worden waren. „Administrative Parteien“ oder „Parteien der Macht“ sind Gründungen „von oben“, deren politische Bedeutung durch die Unterstützung aus der Regionalverwaltung und der zentralen Exekutive gesichert wird. Ihren Wahlerfolg verdanken sie in der Regel dem Einsatz „administrativer Ressourcen“, u.a. auch der exzessiven Nutzung der elektronischen Medien.

„Einiges Russland“ ist nicht der erste Versuch, eine „administrative Partei“ zu gründen, wohl aber der erfolg-

reichste. 1993 war die liberale Reformpartei „Russlands Wahl“, aus der später die „Union der Rechten Kräfte“ hervorging, die „Partei der Macht“, die 15% der Stimmen erhielt, aber weit hinter der rechtsradikalen, populistisch agierenden LDPR zurückblieb, für die knapp 23% der Wähler stimmten. 1995 trat eine neue „Partei der Macht“ an, doch diese, „Unser Haus Russland“, erhielt gerade 10% der Stimmen gegenüber 11% für die LDPR und 22% für die Kommunisten. 1999 gab es dann die bizarre Situation, dass drei „administrative Parteien“ gegeneinander antraten: neben „Unser Haus Russland“ das Wahlbündnis „Vaterland-Ganz Russland“, das der Moskauer Bürgermeister Luschkow und der ehemalige Ministerpräsident Primakow anführten, und die Partei „Einheit (Bär)“, die der Finanzmagnat Beresowskij drei Monate vor den Wahlen zusammengeschmiedet hatte, um Jelzin und dem „Familien-Clan“ einen parlamentarischen Rückhalt zu verschaffen. „Unser Haus Russland“ scheiterte mit 1,2% und löste sich in der Folge auf, doch die beiden anderen erzielten mit 13% bzw. 23% aus dem Stand beachtliche Ergebnisse.

Nach der Wahl arbeiteten die „Polittechnologen“ der Präsidialverwaltung daran, die beiden Parteien zu vereinigen und, nachdem dies im Herbst 2001 geglückt war, der neuen Partei „Einiges Russland“ einen deutlichen Stimmenvorsprung gegenüber der schärfsten Konkurrenz – den Kommunisten – zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden nicht nur die elektronischen Medien eingesetzt, über die sich die Putin-Administration im Lauf der Jahre 2000–2001 die Kontrolle verschafft hatte, man förderte auch die Gründung von Parteien, die Stimmen von der KPRF abziehen sollten. Dazu gehörte etwa die „Partei der Pensionäre“, die bereits in ihrem Namen das Wählersegment nannte, das sie einwerben wollte, und die immerhin 3% der Stimmen erhielt. Noch erfolgreicher war die Partei „Heimat“, die erst im August 2003 von Glasjew, einem ehemaligen Reformler und zeitweiligem Kommunisten, und Rogosin, einem Außenpolitiker mit prononciert nationalem Profil gegründet wurde. Die Parteiliste stellt ein erstaunliches Sammelsurium aus namhaften Generälen und linksorientierten Politikern dar, garniert mit einem millionenschweren Banker, der als Moskauer Bürgermeister kandidierte, und dem bekannten Rechtsradikalen Sergej Baburin. „Heimat“ erreichte aus dem Stand 9% der Stimmen und war damit wohl weitaus erfolgreicher, als den Polittechnologen der Putin-Administration lieb sein konnte. Auf Kosten des Wählerpotentials der KPRF ging wohl auch die Stärkung der Schirinowskij-Partei LDPR, die ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 fast verdoppelte. Auch die Partei des

rechtsradikalen Politclowns Schirinowskij ist dem präsidentalen Lager zuzurechnen, so dass die Putin-Administration über mehr als 50% der 225 Listenplätze verfügt. Wie sich die 225 Direktmandate verteilen, und wie viele der unabhängigen Kandidaten vom Präsidentenlager integriert werden können, lässt sich wohl erst im Januar nach dem Zusammentritt der neuen Duma absehen.

Liberale und Kommunisten – die großen Verlierer

Außerordentlich bedenklich ist die Schwächung der demokratischen – und nicht so demokratischen – Opposition. Der Stimmenanteil der Kommunisten sank von 24% im Jahre 1999 auf 11,6% ab, die liberalen Parteien Jabloko (4,3%) und Union der Rechten Kräfte (3,97%) blieben beide unter der 5%-Grenze und werden in der neuen Duma nur durch einzelne Abgeordnete vertreten sein, die ein Direktmandat erringen konnten. Damit bleiben gerade jene Kräfte, die am ehesten einen am klassischen Parlamentarismus orientierten Politikstil repräsentieren, vor den Türen der Duma. Jabloko und KPRF sind zudem Organisationen, die am ehesten dem Modell einer echten Mitgliederpartei entsprechen. Während die Mehrheit der anderen Parteien meist bloße „Kopfgeburten“ ohne echte Mitglieder oder „administrative Parteien“ sind, verfügt die KPRF – und teilweise auch Jabloko – über eine Basis in den Regionen. Die Schwächung von Jabloko und Union der Rechten Kräfte ist zweifellos ein Rückschritt für die Entwicklung eines politischen Lebens mit demokratischen Zügen. Doch auch die Schwächung der KPRF zugunsten so obskurer Organisationen wie „Heimat“ und LDPR kann nicht positiv gewertet werden.

Allerdings muss man eingestehen, dass die Niederlage der Opposition nur teilweise dem rücksichtslosen Vorgehen der Putin-Administration geschuldet ist. Gewiss wurde die KPRF in den Medien verunglimpft und gewiss spürten die beiden liberalen Parteien auch die politischen Auswirkungen der Jukos-Affäre. Doch muss man allen dreien auch ein gerüttelt Maß an Mitschuld an der Niederlage geben. Die Kommunistische Partei hat sich bis heute nicht von ideologischen Fixierungen freigemacht und hat es nicht fertig gebracht, ihren ebenso glanzlosen wie bornierten Spitzenkandidaten Gennadij Sjuganow durch jemand zu ersetzen, der für ein breiteres Wählerspektrum akzeptabel wäre. Jabloko und Union der Rechten Kräfte haben sich über lange Strecken hinweg bekämpft und gegenseitig beschädigt, anstatt sich miteinander zu verbünden. Das Überleben aller drei Oppositionsparteien wird davon abhängen, ob sie aus dieser Niederlage Lehren ziehen und sich in der politischen Landschaft neu positionieren. Wenn das nicht gelingt, wenn gerade jene Organisationen scheitern, die auf dem

Weg zur Parteibildung am weitesten vorangeschritten sind, so stellt dies zweifellos einen Rückschritt dar – keine „Stärkung der Demokratie“.

Der Grad der Manipulation

Fragt man nach den Ursachen für den Wahlausgang, so ist das politische Versagen der Liberalen und der Kommunisten allerdings nur einer von mehreren Faktoren. Entscheidend war zweifellos die massive Manipulation der Öffentlichkeit vor und während der Wahlen. Sowohl Jabloko wie die KPRF zweifeln das offizielle Endergebnis an und legen ihrerseits Zahlen vor, die sie aus der Wahlbeobachtung gewonnen haben. Offensichtliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe waren aber nur in einem kleinen Teil der Regionen zu beobachten. Die OSZE-Mission hat erklärt, dass der Abstimmungsprozess technisch im großen und ganzen regulär verlaufen ist. Ausnahmen bilden eine Reihe von Republiken, die sich durch eine besonders hohe Wahlbeteiligung auszeichnen. Sie betrug z.B. in Baschkortostan zwischen 73 und 78%, in Dagestan zwischen 80 und 87%, in Tschetschenien 88% bei einem landesweiten Durchschnitt von 55,6%. Es überrascht vielleicht nicht, dass „Einiges Russland“, das landesweit 37% der Stimmen erhielt, in einem Territorialwahlkreis von Baschkortostan 49% der Stimmen gewinnen konnte, in Dagestan zwischen 61 und 73% und in Tschetschenien 77%. Wenn man in Rechnung stellt, dass in Baschkortostan am Vorabend der Wahlen 50.000 falsche Stimmzettel entdeckt wurden und die regionalen Präsidentenwahlen, die auch am 7. Dezember stattfanden, annulliert wurden, so liegt der Verdacht schon nahe, dass in diesen Regionen auch technisch manipuliert wurde.

Allerdings reichen solche eher schlichten Machenschaften nicht aus, um den landesweiten Erdrutschsieg der kremlnahen Parteien zu erklären. Hier schlägt wohl eher die wohldurchdachte und rücksichtslos umgesetzte Wahlkampfstrategie der Putin-Administration zu Buche. Die elektronischen Medien wurden eingesetzt, um flächendeckend für den Präsidenten und „Einiges Russland“ zu werben. Die Kommunisten wurden systematisch diffamiert, Jabloko und Union der Rechten Kräfte kamen vergleichsweise selten zu Wort. Auch in der Mehrzahl der Regionen konnte „Einiges Russland“ auf die Unterstützung durch die örtliche Administration rechnen. Dabei schlug zu Buche, dass die Putin-Administration nach 2000 die politischen Kräfteverhältnisse erfolgreich umgestaltet hatte: die Fernsehsender sind nach der Verdrängung von Beresowskij und Gusinskij durchgehend unter der Kontrolle der Exekutive. Die regionalen Eliten haben sich nach der Föderalreform und der Entmachtung des Föderationsrats angepasst – von ihnen geht keine Gefahr

für den Präsidenten aus. Die Finanzmagnaten und Großunternehmer haben sich in das System integriert – das Vorgehen von Justiz, Sicherheitsdiensten und Steuerorganen gegen Beresowskij, Gusinskij und Chodorkowskij ist der Mehrheit der „Oligarchen“ eine Lehre. Damit sind aber jene Gruppen, die tatsächlich in der Lage sind, auf Politik einzuwirken, neutralisiert oder integriert. Der Rest der Gesellschaft ist Objekt von Politik, er handelt nicht. Verbände, Parteien, Interessengruppen müssen sich erst langsam herausbilden – und das System Putin bietet keinen guten Nährboden für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft.

Das Ergebnis der Dumawahlen ist insofern nicht wirklich eine Überraschung – es spiegelt die politischen Realitäten wider, wie sie sich in der ersten Amtszeit Putins herausgeformt haben.

Ausblick

Die Dumawahlen sind nur von begrenzter Bedeutung – die eigentliche Entscheidung fällt am 14. März, wenn der Präsident gewählt wird. Doch die Dumawah-

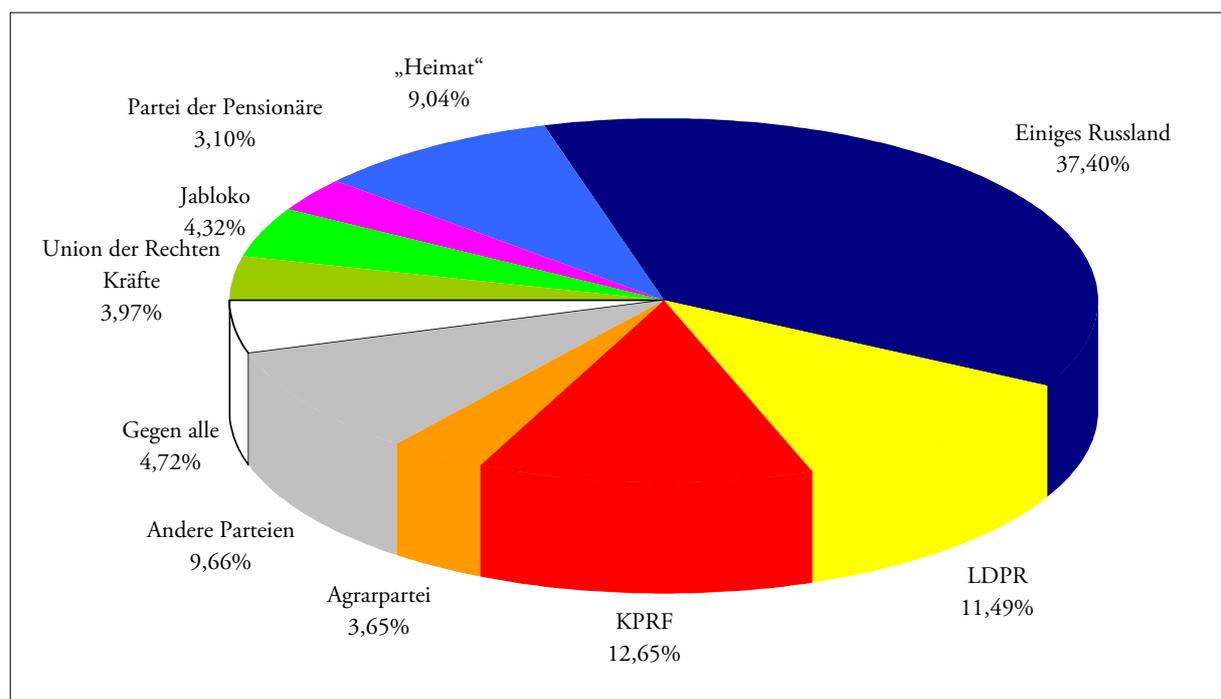
len geben eine gute Vorstellung vom politischen Klima und von den politischen Kräfteverhältnissen in Russland. Tatsächlich hat eine Konsolidierung der „Partei der Macht“ stattgefunden. Das Regime Putin hat eine Legitimation durch Wahlen erhalten, die im März noch einmal bestätigt werden wird. Dies ist keine demokratische Legitimation – allzu augenfällig manipuliert die Exekutive die öffentliche Meinung und beschneidet die Spielräume der Opposition. Doch es ist ein plebiszitäres Moment, das „der Macht“ zusätzliche Stabilität verleiht. Eine Verfassungsänderung, über die derzeit spekuliert wird, ist gar nicht notwendig. Mit Recht dementiert Putin jede Absicht dazu. Wie der Präsident richtig sagt – das Potential der gegenwärtigen Verfassung ist noch gar nicht ausgeschöpft. Abzuwarten ist, ob die Exekutive die plebiszitäre Legitimation nützt, um endlich lange ausstehende Reformen in Angriff zu nehmen. Sozialversicherung, Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung, Kriminalitätsbekämpfung, der Staatsapparat, der Elektrizitätssektor, die kommunalen Dienstleistungen – in all diesen Bereichen ist der Reformbedarf groß.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Vorläufiges Ergebnis der Dumawahlen vom 7. Dezember 2003 (Listenwahl, gesamtrussisches Ergebnis)

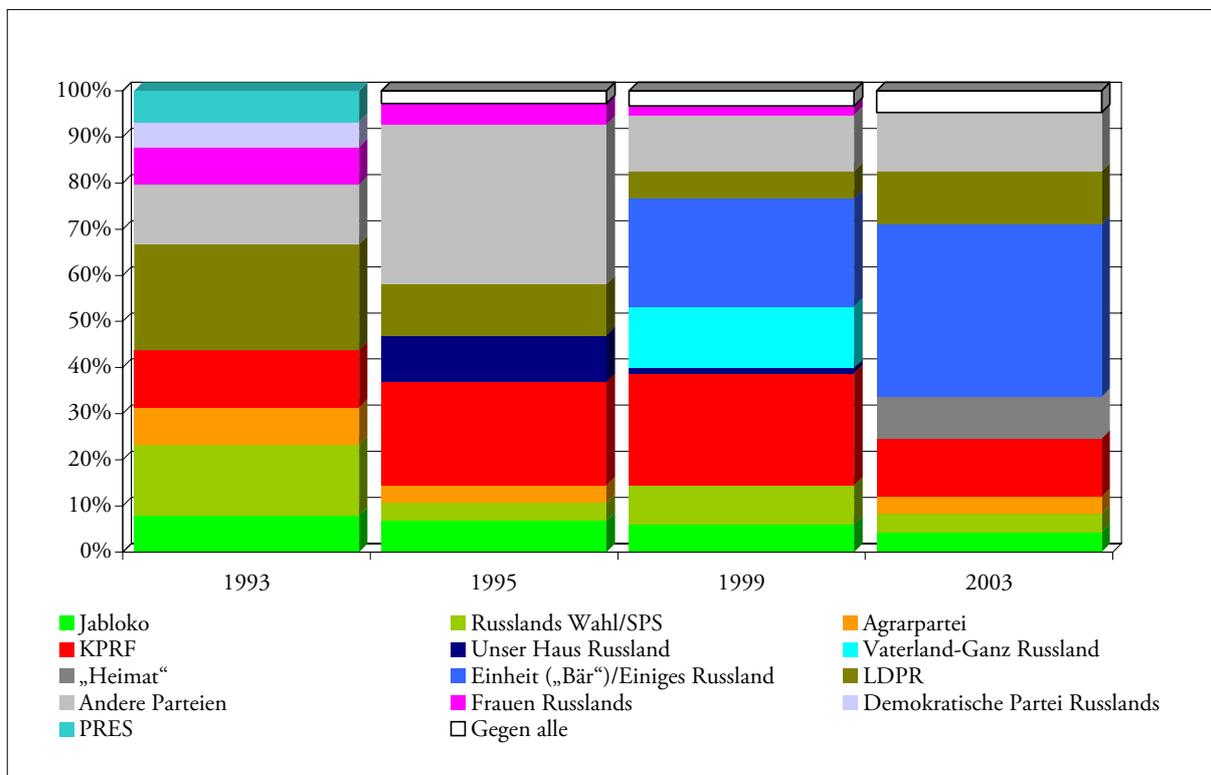


Protokoll der Zentralen Wahlkommission (Stand 10. Dezember 2003)

| | | | | |
|----|-----|---------------------------------------------------------------------------------------|-------------|--------|
| 1 | | In die Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte | 108.348.596 | |
| 2 | | An die Wahllokale ausgegebene Stimmzettel | 104.326.877 | |
| 3 | | An die Wähler vorzeitig ausgegebene Stimmzettel | 68.485 | |
| 4 | | An die Wähler am Tag der Wahl im Wahllokal ausgegebene Stimmzettel | 56.939.488 | |
| 5 | | An die Wähler am Tag der Wahl außerhalb des Wahllokals ausgegebene Stimmzettel | 3.310.911 | |
| 6 | | Entwertete Stimmzettel | 44.005.361 | |
| 7 | | Stimmzettel in beweglichen Urnen | 3.383.041 | |
| 8 | | Stimmzettel in stationären Urnen | 56.858.551 | |
| 9 | | Ungültige Stimmen | 943.622 | |
| 10 | | Gültige Stimmen | 59.297.970 | |
| 11 | | Wahlscheine, die im Wahllokal abgegeben wurden | 1.624.299 | |
| 12 | | Wahlscheine, die vor der Abstimmung vom Wahllokal abgegeben wurden | 696.967 | |
| 13 | | Wähler, die im Wahllokal mit Wahlschein abstimmten | 577.780 | |
| 14 | | Entwertete, nicht benutzte Wahlscheine | 941.481 | |
| 15 | | Wahlscheine, die vor der Abstimmung von der territorialen Kommission abgegeben wurden | 29.069 | |
| 16 | | Zahl der verlorenen Stimmzettel | 3.486 | |
| 17 | | Zahl der bei der Annahme nicht registrierten Stimmzettel | 854 | |
| | | <i>Stimmen für die verschiedenen Parteilisten</i> | | |
| 18 | 1. | Konzeptuelle Partei „Vereinigung“ | 708.408 | 1,18% |
| 19 | 2. | Union der Rechten Kräfte (SPS) | 2.390.868 | 3,97% |
| 20 | 3. | Wahlblock „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“ | 1.869.729 | 3,10% |
| 21 | 4. | Jabloko | 2.601.549 | 4,32% |
| 22 | 5. | „Für die heilige Rus“ | 297.799 | 0,49% |
| 23 | 6. | Vereinigte Russische Partei „Rus“ | 146.797 | 0,24% |
| 24 | 7. | Wahlblock „Neuer Kurs – Automobilisten Russlands“ | 507.747 | 0,84% |
| 25 | 8. | Volksrepublikanische Partei Russland | 80.105 | 0,13% |
| 26 | 9. | Russische ökologische Partei „Die Grünen“ | 252.938 | 0,42% |
| 27 | 10. | Agrarpartei Russlands | 2.201.806 | 3,65% |
| 28 | 11. | „Wahre Patrioten Russlands“ | 148.655 | 0,25% |
| 29 | 12. | Volkspartei der Russischen Föderation | 707.434 | 1,17% |
| 30 | 13. | Demokratische Partei Russlands | 135.635 | 0,23% |
| 31 | 14. | Wahlblock „Großrussland – Eurasische Union“ | 168.464 | 0,28% |
| 32 | 15. | Union der Menschen für Bildung und Wissenschaft | 107.188 | 0,18% |
| 33 | 16. | Wahlblock „Heimat“ (volkspatriotische Union) | 5.443.053 | 9,04% |
| 34 | 17. | Russische politische Partei für Frieden und Einheit | 148.208 | 0,25% |
| 35 | 18. | Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) | 6.923.444 | 11,49% |
| 36 | 19. | Wahlblock „Partei der Wiedergeburt Russlands – russische Partei des Lebens“ | 1.137.193 | 1,89% |
| 37 | 20. | Einiges Russland | 22.529.459 | 37,40% |
| 38 | 21. | Russische Konstitutionell-demokratische Partei | 112.678 | 0,19% |
| 39 | 22. | Entwicklung des Unternehmertums | 212.399 | 0,35% |
| 40 | 23. | Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) | 7.622.568 | 12,65% |
| 41 | | Gegen alle | 2.843.846 | 4,72% |
| | | Wahlbeteiligung (gültige+ungültige Stimmen) | 60.241.592 | 55,60% |

(Angaben von der Website der Zentralen Wahlkommission am 10.12.2003, morgens <http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2>; auf Basis von 108.348.596 der 10.8404.870 Wahlberechtigten)

Vorläufige Ergebnisse im Vergleich zu 1993, 1995 und 1999



| | 1993 | 1995 | 1999 | 2003 |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| Agrarpartei (1999 nicht angetreten) | 7,99% | 3,78% | – | 3,65% |
| Unser Haus Russland (1995 und 1999) | – | 10,13% | 1,20% | – |
| Jabloko | 7,86% | 6,89% | 5,93% | 4,32% |
| Russlands Wahl (1995: Demokratische Wahl Russlands-Vereinigte Demokraten; ab 1999 Union der Rechten Kräfte) | 15,51% | 3,86% | 8,52% | 3,97% |
| Demokratische Partei Russlands | 5,52% | – | – | – |
| KPRF | 12,40% | 22,30% | 24,29% | 12,65% |
| LDPR (1999: Block Schirinowskij) | 22,92% | 11,18% | 5,98% | 11,49% |
| PRES | 6,73% | – | – | – |
| Frauen Russlands | 8,13% | 4,61% | 2,05% | – |
| Vaterland-Ganz Russland (2003: Einiges Russland) | – | – | 13,33% | 37,40% |
| Einheit („Bär“) (2003: Einiges Russland) | – | – | 23,32% | |
| „Heimat“ | – | – | – | 9,04% |
| Gegen alle Listen | | 2,77% | 3,30% | 4,72% |
| Andere Parteien | 12,94% | 34,48% | 12,07% | 12,76% |
| Wahlbeteiligung | 54,37% | 64,38% | 60,43% | 55,60% |
| Parteien unterhalb der 5%-Grenze | 12,94% | 49,50% | 18,62% | 29,42% |

Prognosen und tatsächliche Resultate 2003

| | VCIOM-A | FOM | „VCIOM“ ^a | Wahlergebnis |
|-------------------------------------------------------------------------|---------------------|---------------------|----------------------|---------------------|
| | 15.–16. November | 29.–30. November | Ende November | 7. Dezember 2003 |
| Union der Rechten Kräfte (SPS) | 6% | 3,4% | 5,5–7% | 3,97% |
| „Russische Partei der Pensionäre und Partei der sozialen Gerechtigkeit“ | 2% | 1,5% | k.A. | 3,10% |
| Jabloko | 6% | 2,7% | 5–6% | 4,32% |
| Agrarpartei Russlands | 2% | 2,4% | k.A. | 3,65% |
| „Heimat“ (volkspatriotische Union) | 3% | 4,4% | 5–6% | 9,04% |
| Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) | 8% | 7,3% | 7–9% | 11,49% |
| Einiges Russland | 29% | 28,1% | 40–43% | 37,40% |
| Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) | 23% | 15,8% | 12–15% | 12,65% |

k.A. = Keine Angabe in der Quelle

^a Diese Daten stammen vom kremlnahen Umfrageinstitut VCIOM, nicht, wie in der Russlandanalyse Nr. 8 irrtümlich angegeben, vom VCIOM-A. Das VCIOM-A führt die Tradition der erst von Tatjana Zaslavskaja und später Jurij Levada geleiteten, renommierten Meinungsforschungsinstitution fort, nachdem die politische Führung die Kontrolle über das alte VCIOM an sich gezogen hat.

Kommentare zur Wahl

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember 2003, S. 1

Putins Sieg

Mit seinem Urteil dürfte der Wahlverlierer Jawlinskij die politische Wirklichkeit richtig beschreiben, selbst wenn sich darüber in Russland nur eine kleine Minderheit aufzuregen scheint. „Wir leben in einem autoritären Regime“, bringt der liberale Politiker den Ausgang der russischen Parlamentswahl auf den Punkt – einer Wahl, mit der Präsident Putin seine Machtstellung regelrecht zementiert hat und die seiner eigenen Wiederwahlambition etwas Unwiderstehliches gibt. Die Kommunisten gedemütigt, die ihm nahe stehenden Parteien an der Schwelle zum Triumph der Zweidrittelmehrheit – Putin hat seine Stellung ausgebaut, wie man es im nachsowjetischen, sich trotzdem nach einer starken Führung sehnenen Russland noch nicht gekannt hat. [...]

Im Westen werden sich viele fragen müssen, mit welchem Partner sie es eigentlich zu tun haben, der sich Parteien zur machtpolitischen Bereicherung hält, unter Marktwirtschaft Kreml-Kapitalismus versteht und im geopolitischen Konfliktsaum mehr denn je die Hand im Spiel hat. Von Tschetschenien ganz zu schweigen. Wenn Putin auf dem Weg nach Westen ist, wie er behauptet, dann bringt er ein Verständnis mit, das weniger westlich ist, dafür um so mehr einer traditionellen russischen Großmachtpolitik russischer Machart entspricht. Und das äußert sich nicht nur im Stil der Politik. Neulich hat der amerikanische Außenminister dunkel „Probleme“ im Verhältnis zu Russland angedeutet. Putin wird die Rückkehr Moskaus zu alter Weltmachtgröße mit aller Wucht betreiben. Die Parlamentswahl war ein Zwischenschritt.

POLITKOM.RU, 8. Dezember 2003 (www.politcom.ru)

Der Wunsch der Staatsmacht, die Verstöße, die bei diesen Wahlen zugelassen wurden, zu verheimlichen, erscheint gefährlich. Es ist ganz offensichtlich, dass ein solcher Erfolg von „Einiges Russland“ in einigen Bezirken und sogar Regionen keineswegs gesetzesmäßig ist. Die Tatsache, dass es am 7. Dezember unmöglich war, die Abteilungen der Zentralen Wahlkommission, die für die Verhinderung von Gesetzesverletzungen zuständig sind, telefonisch zu erreichen, weil niemand an Telefone und Faxe ging, sagt viel. „Politkom.Ru“ verfügt über Informationen, dass es sogar im ruhigen Moskau massenhaft Verletzungen gab. In einigen Wahlkreisen wurden Beobachter derjenigen Kandidaten, die zu Konkurrenten für die Vertreter von „Einiges Russland“ hätten werden können, zu Dutzenden Wahllokale nicht durchgelassen. Genauso gab es „zusätzliche“ Stimmzettel nicht nur in Baschkirien, wo dies auch aufflog, sondern auch in vielen anderen Regionen, wenn auch nicht in einem solchen Maßstab. Es scheint, als ob die Kommunistische Partei, die eine solche Wahlschlappe erlitten hat, ohne große Schwierigkeiten genügend Anlässe finden wird, das Wahlergebnis anzufechten, sowohl in einzelnen Wahlkreisen wie auch im Land als Ganzes. Übrigens gab es die höchste Wahlbeteiligung in Russland in Wahllokalen, die in Untersuchungsgefängnissen gelegen sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

The Economist, 6. Dezember 2003, S. 23

Da dies Russland ist, geht es bei diesen Wahlen nicht um die Stimmabgabe. Die eigentliche Auseinandersetzung findet nicht zwischen Regierungs- und Oppositionskräften, sondern innerhalb des Regierungsblocks selber statt. Die eigentliche Kampagne wird auch nicht vor den Wahlen, sondern danach stattfinden.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

United Financial Group, Russia Morning Comment, 9. Dezember 2003, S. 3.

Natürlich hat das Urteil der OSZE-Wahlbeobachter, dass die Wahlen „frei, aber nicht fair“ waren, Aufsehen erregt. Diese Schlussfolgerung beruht auf verschiedenen Faktoren, aber der systemische Fehler ist natürlich die eklatante Voreingenommenheit der staatlichen Fernsehsender während des Wahlkampfes für Einiges Russland und gegen die Kommunisten. Putin antwortete gestern implizit hierauf, indem er sagte, dass die Wahl den Willen des Volkes reflektiere. Beide Seiten haben Recht. Obwohl die Fernsehkampagne offensichtlich etablierte Prinzipien verletzte, ist es zweifelhaft, ob das Ergebnis sehr viel anders gewesen wäre, wenn die Fernsehberichterstattung ausgewogener gewesen wäre. Die 37% der Stimmen sind keine übertriebene Reflektion der wahren Popularität Putins. Was die Kommunisten betrifft, erhielten sie 24% im Jahre 1999 und 22% dieses Mal – nur wurden die Stimmen dieses Mal zwischen den eigentlichen Kommunisten und der neuen kommunistischen Marke namens „Heimat“ (Rodina) aufgeteilt. Ein zweiprozentiger Rückgang der Stimmen erscheint hierbei ungefähr korrekt.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Stellungnahme der Internationalen Wahlbeobachtermission der OSZE (www.osce.org)

Moskau, 8. Dezember 2003 – Die Wahlen zur Staatsduma am 7. Dezember verfehlten es, viele der von OSZE und Europarat akzeptierten Regeln für demokratische Wahlen zu erfüllen. Dies ist eine betrübliche Entwicklung, die Russlands fundamentale Bereitschaft, sich europäischen und internationalen Standards für demokratische Wahlkriterien anzupassen, in Frage stellt, so lautete die Stellungnahme der Internationalen Wahlbeobachtermission. Mehr als 500 internationale Beobachter aus 42 Ländern beobachteten Stimmabgabe und -auszählung von Wladiwostok bis St. Petersburg.

Die Zentrale Wahlkommission verdient Anerkennung für die professionelle Organisation dieser Wahlen. Jedoch war der Vorwahlkampf von beträchtlichem Gebrauch des Staatsapparates und der Medien zur Begünstigung der größten pro-präsidentiellen Partei gekennzeichnet, was sich in Apathie der Wähler ausdrückte.

„Wenn man bedenkt, dass die Prozeduren am Wahltag technisch korrekt durchgeführt wurden, ist es noch bedauerlicher, dass der Haupteindruck der Wahlen insgesamt der einer Regression im Demokratisierungsprozess in Russland ist“, sagte der englische Parlamentsabgeordnete Bruce George, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der vom amtierenden OSZE-Vorsitzenden zum Sonderkoordinator für die Kurzzeitbeobachter ernannt worden war. „Wir hoffen, dass innerhalb der nächsten Monate Verbesserungen durchgeführt werden, um sicherzugehen, dass die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen internationalen Standards entsprechen.“

Der englische Parlamentsabgeordnete David Atkinson, Leiter der Parlamentarischen Delegation des Europarates, fügte hinzu: „Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates begrüßt Verbesserungen bei der Durchführung dieser Wahlen gemäß unseren Empfehlungen von vor vier Jahren. Wir sind jedoch sehr über die unfairen Praktiken besorgt, die einer Partei zugute gekommen sind. Echter politischer Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten für die Wähler sind unabdingliche Elemente in einem wahren demokratischen Prozess.“

Professor Rita Süßmuth, Leiterin der Langzeit-Beobachtermission, die vom OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte eingesetzt wird, sagte: „Wir sind ernsthaft über die mangelnde Medienunabhängigkeit besorgt. Es gab keine ausgewogene Berichterstattung in den Staatsmedien über den Wahlkampf und es wurde beträchtlicher Druck auf Journalisten ausgeübt, was die Informationen beschränkte, die dem Wähler zur Verfügung standen, um eine informierte Wahl zu treffen. Es sollten Schritte unternommen werden, die staatlichen Sendeanstalten in einen wirklich unabhängigen öffentlichen Dienst zu verwandeln.“

Trotz der Unzulänglichkeiten im Wahlprozess erkannte die Internationale Beobachtermission die Verbesserung eines umfassenden rechtlichen Rahmens an, der das Potential für einen demokratischen Wahlprozess liefert, wie auch die Tatsache, dass die Zentrale Wahlkommission auf effiziente und offene Art funktionierte. Als positiven Schritt gab es eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes, die die restriktivsten und kontroversesten Bestimmungen, die Medien im Wahlkampf betrafen, aufhob. Fernsehdebatten förderten einen Austausch von Standpunkten, obwohl ihr Wert für die Wähler durch die Nichtteilnahme von Vereintes Russland gemindert wurde.

Der Wahltag ging in einer im Allgemeinen ruhigen und ordentlichen Art vor sich. Internationale Beobachter schätzten die Durchführung der Wahlen in der überwältigenden Mehrheit der Wahllokale als positiv ein. Es wurden jedoch Unregelmäßigkeiten in Bezug auf das Wahlgeheimnis festgestellt, während weitere Probleme während der Stimmauszählung festgestellt wurden. Die OSZE und der Europarat werden weiterhin den Prozess eingehend verfolgen und bereitstehen, die Behörden und die Zivilgesellschaft der Russischen Föderation bei der fortwährenden Verbesserung des demokratischen Prozesses zu unterstützen.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Chronik vom 4. bis zum 11. Dezember 2003

| | |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 4.12.2003 | In Ufa, der Hauptstadt von Baschkortostan, finden Polizei und FSB in einer Druckerei, die der baschkirischen Präsidentschaftsverwaltung gehört, mehr als 50.000 gefälschte Stimmzettel. Als die Polizei eintrifft, bricht im Gebäude ein Feuer aus, das die Stimmzettel teilweise zerstört. |
| 4.12.2003 | Außenminister Igor Iwanow nimmt in Brüssel an der Außenministersitzung des NATO-Russland-Rates teil. Außerdem führt er Gespräche mit seinem amerikanischen Amtskollegen Colin Powell. |
| 5.12.2003 | Selbstmordattentäter bringen im Vorortzug Kislowodsk-Mineralnye Wody in der Region Stawropol im Nordkaukasus eine Bombe zur Explosion. 42 Personen werden getötet, über 150 verletzt. |
| 7.12.2003 | Eine Gruppe von Soldaten und Angehörigen des tschetschenischen Innenministeriums gerät auf der Straße zwischen Sumsoj und Bugaroj (Tschetschenien) in einen Hinterhalt. 4 Personen werden getötet, 4 verletzt. |
| 7.12.2003 | Bei den Dumawahlen setzt sich „Einiges Russland“ mit 37% der Stimmen durch. Zweitstärkste Partei wird die KPRF mit 12,7%, dichtauf gefolgt von der LDPR (11,6%) und „Heimat“ (9,07%). Union der Rechten Kräfte und Jabloko scheitern an der Fünfprozenthürde. Die Wahlbeteiligung beträgt 55%. Die OSZE erklärt, die russischen Wahlen hätten nicht im Einklang mit vielen von den Mitgliedsländern der OSZE und des Europarats übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Wahlen gestanden. |
| 7.12.2003 | Parallel zu den Dumawahlen finden in 11 Regionen Gouverneurswahlen statt. Der Moskauer Bürgermeister Luschkow wird mit 75% der abgegebenen Stimmen für eine dritte Amtszeit wieder gewählt. Die Gouverneure Boris Gromow (Moskauer Gebiet), Wjatscheslaw Posgalew (Wologda), Anatolii Lisizyn (Jaroslawl), Alexej Tschernyschew (Orenburg), Viktor Tolokonskij (Nowosibirsk), und Oleg Betin (Tambow) werden gewählt. Gromow, Lisizyn, and Betin erhalten jeweils über 75% der Stimmen. In Kirow, Twer und Sachalin ist dagegen ein zweiter Wahlgang notwendig. In der Republik Baschkortostan erhält der Präsident Murtasa Rachimow nur 46% der Stimmen und müsste zu einem zweiten Wahlgang antreten. Die Wahl wird jedoch aufgrund zahlreicher Irregularitäten für ungültig erklärt und muss wiederholt werden. |
| 9.12.2003 | Bei einem Selbstmordattentat vor dem Hotel „National“ in Moskau werden 6 Personen getötet und 13 weitere verletzt. |
| 9.12.2003 | Die Radiostation „Echo Moskvy“ teilt mit, dass Jukos und Sibneft die Gespräche über einen Zusammenschluss der beiden Unternehmen abgebrochen haben. |
| 9.12.2003 | Beamte des Innenministeriums durchsuchen die Moskauer Büros der Bank Menatep-Sankt Petersburg und beschlagnahmen Unterlagen, die sich auf die Steuerzahlungen 2000 und 2001 beziehen. |
| 9.12.2003 | Grigorij Jawlinskij, der Führer von Jabloko, wirft dem Kreml Wahlmanipulation vor. |
| 10.12.2003 | Der Föderationsrat bestimmt offiziell den 14. März als Termin für die Präsidentenwahlen. |
| 10.12.2003 | Die KPRF stellt die Ergebnisse ihrer eigenen Zählung der Wahlergebnisse vor, die von den offiziellen Zahlen partiell abweichen. |
| 10.12.2003 | Der russische Außenminister Igor Iwanow und der deutsche Innenminister Otto Schily unterzeichnen eine Vereinbarung, die die Visaerteilung für Jugendliche, Studenten, Kulturschaffende, Wissenschaftler und Unternehmer erleichtert. |
| 10.12.2003 | Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Alexander Weschnjakow, gibt bekannt, dass in drei Wahlkreisen die Wahl der Direktkandidaten wiederholt werden muss, da mehr Stimmen „Gegen alle“ abgegeben wurden als für einen der Kandidaten. |
| 11.12.2003 | Die alte Duma hält ihre letzte Sitzung ab. In der vierjährigen Legislaturperiode hat sie über 2.100 Gesetzesentwürfe diskutiert, von denen über 700 in Kraft getreten sind. |

Die Russlandanalysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

© 2003 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>